



ARBEITER*INNEN STANDPUNKT

FÜR REVOLUTION, RÄTEDEMOKRATIE UND SOZIALISMUS

Zeitung der österreichischen Sektion der Liga für die Fünfte Internationale | Nr. 289 | Februar 2022 | Preis: Spende



DIE GEFAHR EINES KRIEGES UM DIE UKRAINE

INTERNATIONALES EXEKUTIVKOMITEE DER LFI

Aus Platzgründen haben wir diesen Artikel in gekürzter Form hier abgedruckt. Der ungekürzte Artikel findet sich auf unserer Webseite.

Zum ersten Mal seit den 1990er Jahren werden in Europa wieder die Kriegstromele gerührt. Es geht um den eskalierenden Konflikt zwischen Russland und der NATO um die Ukraine. Die westlichen Medien geben Wladimir Putin und Russland, das über 100.000 Soldat*innen an den Grenzen der Ukraine mobilisiert hat, die Schuld daran. Putins „mi-

litärische Manöver“ zielen darauf ab, seine Forderungen an die USA und ihre NATO-Verbündeten zu untermauern, dass die Ukraine niemals der NATO beitreten darf und die Truppen und Raketensysteme der Westmächte, die derzeit auf dem Gebiet der drei baltischen Staaten und Polens usw. stationiert sind, abgezogen werden müssen. Putins Drohung mit einer Invasion, ganz zu schweigen von einer tatsächlichen, muss von allen Sozialist*innen und Demokrat*innen verurteilt werden. Das bedeutet aber umgekehrt nicht, dass sie in Europa und Nordamerika die Aktionen der NATO-Mächte in diesem Konflikt, ob real oder po-

tenziell, unterstützen sollten. Im Gegenteil. Der amerikanische Präsident, die britische Regierung, NATO und EU drohen mit Sanktionen, die auf eine lähmende ►

Inhalt:

Ukraine	S.1
Wahlrecht	S.4
Inflation	S.5

Wirtschaftsblockade Russlands hinauslaufen, was selbst zu einem Vorspiel für Kriegshandlungen werden könnte. Gleichzeitig liefern sie große Mengen an Waffen und militärischer Ausrüstung an die ukrainische Regierung.

Diese Regierung selbst ist kein hilfloses Opfer der russischen Aggression, sondern eine provokante Handlangerin der USA und der NATO, die die Ukraine zu ihrer Frontlinie machen und als halbkolonialen Besitz in die EU integrieren möchten. Das nationalistische, prowestliche Regime in Kiew ruft zu Waffen auf, um die Donbassregion (Donezbecken) zurückzuerobern. Da dies unmöglich wäre, wenn Russland bereit wäre, militärisch zu „intervenieren“, hoffen sie, dass der Druck der USA, der NATO und der EU, der Wirtschaftssanktionen mit der Erweiterung der NATO kombiniert, Putin zum Einlenken bewegen könnte. Auf der anderen Seite sind die Donbass„republiken“ Vasallinnen des russischen Imperialismus und werden von diesem kontrolliert. Auch wenn keine der beiden Seiten wirklich einen direkten bewaffneten Konflikt zwischen Russland und der NATO will, spielen beide mit dem Feuer, denn die Gefahr eines Krieges zwischen den beiden stärksten Atommächten der Welt ist sehr real.

Russlands Wiederaufleben

Für Russland waren die 1990er Jahre ein Jahrzehnt der wirtschaftlichen Verwüstung, vergleichbar mit der Großen Depression der 1930er Jahre, die auf den Zusammenbruch der UdSSR und ihrer Planwirtschaft zurückzuführen war und durch die neoliberale „Schocktherapie“ noch verschlimmert wurde. Die unbarmherzige Osterweiterung der NATO und die von den USA offen angezettelten „Farbrevolutionen“ zur Schaffung moskaueindlicher Nachbarregime führten zu einer un-

vermeidlichen Reaktion unter Wladimir Putin. Russland verwandelte sich erneut in einen Gegner der USA, in einen neuen Imperialismus. Deutschland und andere EU-Mächte hingegen versuchten, Russland als strategischen wirtschaftlichen Verbündeten zu umwerben, sehr zum Leidwesen der USA.

Der Kampf um die Ukraine war dabei ein Schlüsselfaktor. Die Euro-aidan-Bewegung führte zu einem reaktionären Putsch, der von rechtsgerichteten und faschistischen Milizen angeführt und von Washington unterstützt wurde, wodurch sich das Kräfteverhältnis verschob. Die USA wurden zur dominierenden Macht in der Ukraine und versuchten, die EU-Länder über die NATO in einen neuen Kalten Krieg hineinzuziehen, wobei sie Staaten wie Polen und die baltischen Länder als Verbündete nutzten. Innerhalb der Ukraine hatte der Widerstand gegen die faschistischen Kräfte im Donbass und auf der Krim zunächst einen progressiven Charakter, der sich jedoch änderte, je mehr er unter die Kontrolle des russischen Imperialismus geriet. Heute ist der Konflikt in der Ukraine vor allem ein Stellvertreterkonflikt, auch wenn der Westen als Verteidiger der ukrainischen Demokratie und Russland als Aggressor auftritt. Nach dem Maidan, dem Bürgerkrieg im Donbass und der Eingemeindung der Krim durch Russland wurden die Fronten durch das Minsker Abkommen faktisch eingefroren, was für Russland erträglich war, auch wenn es den Verlust des größten Teils seines Einflusses in der Ukraine bedeutete, und für die EU günstig, weil es den Sieg der USA einschränkte.

Heute geben beide Seiten vor, sich im Namen der nationalen Sicherheit und Unabhängigkeit gegen die Aggression zu wehren. In Wirklichkeit ist die Ukraine nur ein Zankapfel in einem viel größeren und

gefährlicheren globalen Kampf. Beide Seiten setzen ihre eigenen geostrategischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen durch in einem Kampf um die Neuaufeilung der Welt zwischen den USA und der EU auf der einen Seite, also den alten imperialistischen Mächten, und den neuen, Russland und China, auf der anderen.

Ein Einmarsch Putins in die Ukraine, die Bombardierung Kiews und die Auslösung eines umfassenden Landkriegs wäre ein unglaublicher Akt der Selbstbeschädigung, eine groteske Fehlkalkulation. Ohne einen unwahrscheinlichen schnellen Sieg würde dies nicht nur lähmende Sanktionen nach sich ziehen, sondern nach einem anfänglichen chauvinistischen Rausch auch zu großen sozialen Umwälzungen in Russland selbst führen, die Putin und seinen Oligarch*innenkreis zu Fall bringen könnten. Darüber hinaus bergen all diese Drohungen und Gegendrohungen in einer Zeit der sich verschärfenden innerimperialistischen Rivalität auch globale Gefahren. Man denke nur an die möglichen Auswirkungen auf die Situation rund um Taiwan, wo Kampfflugzeuge und Flottillen von Kriegsschiffen bereits die Hoheitsgewässer überfliegen und durchqueren.

Die Kriegsdrohung stoppen

Wie sollten also Sozialist*innen und die Arbeiter*innenbewegung weltweit reagieren? Im „Westen“ schweigen die rechten Führungen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften entweder oder plappern die Positionen der NATO-Regierungen nach. Da sie ihre eigenen Regierungen durch die Brille der „Demokratie“ sehen, betrachten sie Russland und China als autoritäre, diktatorische Mächte, die kleine Nationen angreifen. Für sie rechtfertigt dies den Sozialpatriotismus,

wie 1914 oder 1939 oder in den vielen realen bewaffneten Auseinandersetzungen des so genannten Kalten Krieges. Während einige reformistische Führer*innen in Europa in stiller Opposition zum Krieg stehen, weil sie eine andere imperialistische Ausrichtung ihrer Länder, d. h. eine engere Beziehung zu Russland, vorziehen würden, sind in Deutschland die einflussreichsten der angeblich linksgerichteten grünen Parteien, wie die Liberalen, zu ausgesprochenen Russophob*innen geworden.

Was ist mit jenen Teilen der weltweiten Arbeiter*innenbewegung, die aus der „kommunistischen“ (stalinistischen) Tradition kommen und ein höheres Maß an Feindseligkeit gegenüber ihren „eigenen“ Regierungen pflegen, die sie als die einzigen imperialistischen Mächte betrachten? Sie schieben die Schuld für jeden potenziellen Konflikt allein den USA und der NATO in die Schuhe. Auch wenn sie Russland und China nicht mehr als „sozialistisches Lager“ sehen, neigen sie dazu, sie zumindest als Gegengewicht zum Imperialismus zu betrachten, das nicht mit den eigentlichen Bösewichten gleichgesetzt werden darf.

Sicherlich existiert für Russland keine Rechtfertigung für eine Invasion in der Ukraine, und revolutionäre Sozialist*innen sollten jede derartige Aktion unmissverständlich verurteilen. Der ukrainische Widerstand gegen eine solche Aggression kann jedoch nicht losgelöst von dem gesamten innerimperialistischen Konflikt beurteilt werden. Ihr eigenes Vorgehen gegen die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine im Jahr 2014, ihre Entschlossenheit, der NATO beizutreten, und ihre wiederholten Versuche, eine NATO-Intervention zu provozieren, bestätigen, dass die Ukraine ein Werkzeug des „westlichen“ Imperialismus darstellt. Sozialist*innen sollten nicht nur die Ausweitung der NATO verurteilen,

sondern auch ihre Existenz selbst. Die USA und ihre Verbündeten haben eine Reihe von farbigen Revolutionen (einschließlich des Euromaidan) unterstützt, um prowestliche Regime im nahen Ausland Russlands zu etablieren, die potenziell zu Militärbasen für sie werden könnten. Es ist daher keine Überraschung, dass Putin, der sich durch den Niedergang der Vereinigten Staaten und die unberechenbare Politik ihres Präsidenten, Amerika wieder groß zu machen, ermächtigt fühlt, versucht, Moskaus Position im „nahen Ausland“ wiederherzustellen. Wir unterstützen keine der beiden rivalisierenden imperialistischen Anmaßungen. Sie drohen, ihre Völker und die Osteuropas, ganz Europas und sogar der ganzen Welt in eine unvorhersehbare und brutale Reihe von Konflikten zu ziehen.

Die Frage, welche Seite die anfängliche Aggressorin verkörpert, entscheidet nicht über den politischen Standpunkt, der einzunehmen ist. Vielmehr geht es darum, den Kampf gegen die Kriegstreiberei auf beiden Seiten mit den Mitteln des Klassenkampfes zu führen, indem der innerimperialistische Charakter des Konflikts aufgedeckt und die Unterstützung des einen oder anderen Lagers mit der Begründung, das eine Kämpfe für die Demokratie und das andere gegen den Imperialismus, abgelehnt wird.

Die Arbeiter*innenklasse in Europa, Russland und den USA muss sich gegen all diese Kriegszüge und Hetze mobilisieren, um den Rückzug aller russischen Truppen von den Grenzen der Ukraine zu fordern und ebenso aller westlichen Waffen, Kriegsmaterial und Personal aus der Ukraine, den baltischen Staaten, Polen usw. Wir müssen die Auflösung sowohl der NATO als auch der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit fordern und uns allen bestehenden oder angedrohten

Wirtschaftssanktionen widersetzen. Wir rufen die Arbeiter*innen- und Friedensbewegungen Europas, Amerikas und Russlands auf, auf die Straße zu gehen und ein Ende aller Kriegsvorbereitungen und der massiven Erhöhung der Rüstungsausgaben zu fordern, die die Taschen der milliardenschweren Waffenhersteller*innen und Oligarch*innen füllen, während es den einfachen arbeitenden Menschen an angemessenen Wohnungen und Gesundheitsversorgung fehlt.

An die Putins, die Xis, die Bidens oder die Führer*innen der EU und Großbritanniens zu appellieren, sich von imperialistischen Tigern in pazifistische Lämmer zu verwandeln, wäre jedoch vollkommen aussichtslos. Letztendlich kann nur die Arbeiter*innenklasse der Kriegsgefahr, einschließlich der eines Dritten Weltkriegs, ein Ende setzen. Die Arbeiter*innen in Russland und den OVKS-Staaten wie Kasachstan müssen sich mobilisieren, um ihre autokratischen Herrscher zu stürzen und sich mit ihren Klassengenoss*innen in Europa und Amerika zu verbinden.

Ein erster Schritt besteht heute in allen Ländern in der Mobilisierung von Millionen von Menschen auf der Straße, wie wir es 2003 getan haben, um die Kriegshetze zu stoppen. Aber wir müssen aus diesen Mobilisierungen lernen und dürfen es nicht bei ein paar Tagen des Protests belassen, sondern müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um die Kriegstreiber*innen zu vertreiben und die Macht in die Hände der arbeitenden Menschen weltweit zu legen. Diese dringenden Aufgaben zeigen einmal mehr, wie notwendig es ist, dass die Arbeiter*innenbewegungen zusammenkommen, um die Grundlagen für eine neue, Fünfte Internationale zu schaffen. ★

WAHLRECHT FÜR ALLE

MO SEDLAK

Das Wahlrecht für alle ist eine beliebte Forderung, weil sie die politische Entrechtung von Migrant*innen greifbar in den Mittelpunkt stellt. Aber alle bürgerlichen Parlamentsparteien stellen sich gegen diese Gleichberechtigung, die Forderung erscheint damit fast utopisch. In Wirklichkeit ist sie nur ein erster Schritt im Kampf gegen den Rassismus als politisches System und auch gegen den auf allen Ebenen vom Rassismus durchzogenen Kapitalismus. Für Revolutionär*innen ist die Forderung wichtig, weil sie ein Ausgangspunkt für eine radikale Systemkritik ist, die auch ein breites Bündnis mit vielen Antirassist*innen sowie einen politischen Kampf für die Einheit der Arbeiter*innenklasse ermöglicht.

In manchen Wiener Arbeiter*innenbezirken hat fast die Mehrheit der Menschen kein Wahlrecht. Sie müssen sich an österreichische Gesetze halten und Profit für die Unternehmer*innen erarbeiten. Aber von der Mitbestimmung über diese Gesetze, von einer Mitgestaltung des politischen Systems, in dem sie leben, sind sie ausgeschlossen. Rein rechtlich wäre das leicht aufzulösen. Die Forderung ist also leicht greifbar und in Teilen der Linken auch mehrheitsfähig. Für die Kapitalist*innen und ihre Parteien ist die systematische Ungleichbehandlung, die scharfe Trennung der Arbeiter*innen an so vielen Spaltungslinien wie möglich sehr wichtig.

Kapitalismus ohne Rassismus ist wie ein Fisch ohne Wasser

Der Rassismus gehört zum Kapitalismus seit er geboren worden ist. Damit Lohnarbeiter*innen von Kapitalist*innen ausgebeutet werden, musste eine Arbeiter*innenklasse geschaffen werden. Das haben (vor-)kapitalistische Staatsstrukturen mit Gewalt und Gesetzen durchgesetzt, durch (1) die Enteignung von Kleinstbäuer*innen, (2) die Trennung von Reproduktions- und Produktionsarbeit inklusive der sexistischen Aufteilung der unbezahlten Arbeit, (3) die rassistische Ausbeutung von Sklav*innen wie in den Südstaaten der USA und (4) die koloniale Zerschlagung, Enteignung und Ausbeutung von vor-kapitalistischen Gesellschaften.

In diesem Prozess sind auch die modernen Nationalstaaten entstanden, um die gemeinsamen Interessen des Kapitals nach außen durchzusetzen und einen einheitlichen inneren Markt für den Kapitalismus zu schaffen. Aber auch um eine Schicht von noch schlimmer ausgebeuteten Arbeiter*innen zu schaffen. Antirassismus bedeutet, den Rassismus als politisches System zu verstehen und abzuschaffen. Gegen Vorurteile und menschenfeindliche Ideologie vorzugehen ist ein notwendiger Teil dieses Kampfes. Vor allem in der Arbeiter*innenbewegung, der Linken, unseren eigenen Organisationen muss die bürgerliche Ideologie des Rassismus zurückgedrängt werden, sonst schaffen wir es weder den Rassismus noch den auch auf Ras-

sismus aufbauenden Kapitalismus effektiv zu bekämpfen. Aber diese Symptombekämpfung reicht nicht aus, und grundlegende Forderungen nach politischer Gleichberechtigung bauen die Brücke zwischen einer Ablehnung des Rassismus und einem systematischen Antirassismus.

Einheit der Minderheit

Das Wahlrecht für alle ist in Österreich nicht mehrheitsfähig. Aber unter linken Migrant*innen und außerparlamentarischen linken Organisationen herrscht große Einigkeit darüber. Deshalb können wir auf dieser Grundlage eine breite politische Zusammenarbeit erreichen. Eine sogenannte Einheitsfront um eine gemeinsame Forderung eröffnet auch die Debatte um die richtige Vorgehensweise und logische Weiterführung in radikaleren Forderungen. Das Wahlrecht für alle darf nicht für sich alleine stehen – alle fünf Jahre mitbestimmen zu dürfen, welche bürgerliche Partei den Kapitalismus verwaltet, ist keine Befreiung. Aber der Kampf um die ausgegrenzten Teile der Lohnabhängigen in der parlamentarischen Repräsentation wird zu einer sozialen Frage, weil dessen soziales und politisches Gewicht sichtbar wird. Das beinhaltet eine Sprengkraft, die weitere Forderung aufwirft, gegen Überausbeutung, nach offenen Grenzen, gemeinsamer Organisation, den Kampf gegen imperialistische Fluchtgründe und gegen das kapitalistische System selbst. ★

RÜCKKEHR DER INFLATION?

MARKUS LEHNER
Gruppe ArbeiterInnenmacht (D)

Inflationsraten Ende 2021 von 5,3 % in Deutschland oder 7 % in den USA – so etwas kannten viele Bewohner*innen der imperialistischen Zentren nur noch aus Erzählungen „aus grauer Vorzeit“ oder von Ländern des „globalen Südens“. Seit einigen Monaten sind Inflationsraten über 2 % üblich geworden. Zunächst erklärten Wirtschaftsforscher*innen und Zentralbankler*innen, dass es sich um Sondereffekte handeln würde: kurzfristige Lieferengpässe aufgrund der wirtschaftlichen Folgen von Corona oder Spezialeffekte, wie die Rücknahme der Mehrwertsteuerermäßigung.

Inzwischen sind die meisten dieser Expert*innen sehr viel vorsichtiger geworden – insbesondere nachdem der Vorsitzende der FED, der US-Zentralbank, erklärte: „Inflation is here to stay“. Die Frage ist also: Stehen wir am Beginn einer neuen Ära der Inflation – und wenn ja, aus welchem Grund? Insbesondere stellt sich die Frage nach den Auswirkungen auf die Arbeiter*innenklasse und die notwendige Reaktion darauf.

Zunächst einmal: Was ist überhaupt Inflation?

Einfach gesagt geht es um eine allgemeine und längerfristige Steigerung der Preise, die nicht nur einen bestimmten Sektor, sondern wesentliche Bereiche sowohl für den Massenkonsum als auch für Inves-

titionsgüter betrifft. Das Schwierige dabei ist, dass eine solche übergreifende Preissteigerungstendenz sehr verschiedene Ursachen haben kann. Da es sich bei Preisen um ein quantitatives Verhältnis von Geld und Waren handelt, in dem sich letztlich ein Wertverhältnis widerspiegeln muss, kann die Ursache sowohl auf der Geld- wie auf der Wareseite liegen.

Geld dient einerseits als Zirkulationsmittel, um den Tausch von Waren zu ermöglichen, und andererseits als Wertmaßstab im Tauschverhältnis (tritt uns also z. B. als Preis einer Ware entgegen). Daher können sowohl Schwankungen in der Geldmenge als auch im Wert des Geldes das allgemeine Preisniveau beeinflussen. Der klassische Fall in der Geldtheorie waren die massiven Zuflüsse von Silber in der frühen Neuzeit aus den spanischen Kolonien. Herrschte zuvor trotz Ausdehnung von der Arbeitsproduktivität in Europa Geldknappheit und damit eine Tendenz zu fallenden Preisen, so führte die Ausdehnung der Geldmenge vor allem in Spanien zu einer massiven Inflation (samt Abfluss des Silbers in die produktiveren Sektoren Europas).

Zusätzlich ist Geld nicht nur Zirkulationsmittel und Maßstab der Werte – es ist durch Kredit- und Wechselgeschäfte immer auch Zahlungsmittel für Tauschvorgänge, bei denen Kauf dem Verkauf vorgezogen wird (nachträgliche Zahlung mit entsprechender Verzinsung). Auch durch Schwankungen der Masse an Zahlungsmitteln

und deren Werte (sowie der Zinsen) können Preiseffekte entstehen. Dies betrifft Phasen der Ausdehnung der „Liquidität“ (Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit einer wachsenden Zahl von Gläubiger*innen) wie ihres Schrumpfens. Ein hohes Ausmaß an Zahlungsausfällen und Zurückhalten von kurzfristiger Vorfinanzierung – wie z. B. nach der Finanzkrise 2008 – führt zu Marktstockungen und damit kurzfristig zu raschem Preisverfall für plötzlich schwer verkäufliche Waren. Langfristig wirkt hingegen die Ausdehnung der Geldmenge als Zahlungsmittel auch inflationär – wenn der so zum Anwachsen gebrachten Nachfrage (Kauf) langfristig nicht auch die entsprechende Gegenleistung entspricht (Verkauf). Moderne Inflationen entspringen zumeist Ungleichgewichten in diesen Kreditgeldsphären und weniger dem klassischen Geldumlaufbereich.

Weltmarktstellung, Finanzsystem und Inflation

Von Seite der Ware her gesehen ist das Phänomen der Inflation vor allem eines des Verhältnisses von Wert und Preis. Der Wert wird wesentlich bestimmt durch die gesellschaftliche Arbeitszeit, die für die Produktion der Ware unter den vorherrschenden durchschnittlichen Arbeitsbedingungen notwendig ist. D. h. längerfristige Veränderungen der Arbeitsproduktivität, vor allem sektoral oder regional, führen zu Ausgleichsbewegungen, die sich durch Veränderungen der Preise vermitteln. So hat die „billige Industrieware“ des britischen Ka-

pitals im 19. Jahrhundert auf dem vom Britanien dominierten Weltmarkt zu einer Ära fallender Preise geführt.

Der Zusammenbruch der Goldwährungssysteme (British Empire, Bretton Woods) hatte jeweils die Gefahr von inflationären Krisenphasen zur Folge gehabt. Um das Beispiel der 1970er Jahre heranzuziehen: Der lange Boom der Nachkriegsperiode endete in Profitabilitätsproblemen, Stockungen der Investitionstätigkeit und Stagnation der Arbeitsproduktivität.

Gleichzeitig war der Welthandel stark von nationalstaatlichen Beschränkungen und Monopolpreisen bestimmt. Die Überschuldung der USA, die zur Aufkündigung der Währungsregulierung von Bretton Woods 1973 führte, überschwemmte den Weltfinanzmarkt mit Dollars, die per Schuldenfinanzierung zur Ankurbelung der stockenden Wirtschaften dienen sollten. Tatsächlich kamen letztere jedoch nicht vom Fleck, weshalb sich im Verlauf der späten 1970er Jahre auch in den reichen Industrieländern die Inflationsraten auf die 10 % zubewegten.

Stagnation, Verschuldung und Inflation wurden zum Teufelskreis der „Stagflation“ – bis die US-Zentralbank 1982 mit massiven Zinserhöhungen („Volcker-Schock“), teilweise bis zu 20 %, den großen „Dollar-Staubsauger“ anwarf. Die danach einsetzende massive Schuldenkrise war einer der entscheidenden Hebel für die Durchsetzung der neoliberalen Angriffe und der Durchsetzung des „Washington Consensus“ während der 1980er Jahre.

Die darauffolgende Globalisierungsperiode führte zu zwei Jahrzehnten von globalem Wachstum, gestützt auf den Zusammenbruch der degenerierten Arbeiter*innenstaaten, massiver Deregulierung

und Privatisierung, Abbau von Handelsschranken und nationalen Schutzbestimmungen – und damit der Ankurbelung von Arbeitsproduktivität und Investitionstätigkeit aufgrund entsprechender Profitraten. Die Deregulierung der globalen Finanzmärkte führte zu einer Ära der scheinbar unbegrenzt wachsenden Liquidität, der Zahlungsmittel für einen in neuer Qualität wachsenden Weltmarkt.

Insbesondere die Verbilligung von Waren und Dienstleistungen durch globales Outsourcing, Steigerungen von Produktivität und Ausbeutungsraten zeitigte durch das Sinken der Herstellungspreise einen deflationären Effekt. Die scheinbar explodierenden Geldmengen führten unter diesen spezifischen Bedingungen nicht zur Inflation. Außerdem wuchs die Massenkaufkraft in Folge der neoliberalen Lohn- und Haushaltspolitik auch in den imperialistischen Ländern nicht in entsprechendem Ausmaß, so dass der Geldüberhang eher wiederum in neue Finanzmarktprodukte floss und das Kreditgeldsystem stabilisierte.

Globale Krise

Mit dem Sinken der Profitraten in den frühen 2000er Jahren kehrte die Realwirtschaft zur Stagnation zurück, während der spekulative Boom durch das Aufblasen der Finanzmärkte weitergetrieben wurde – bis zur Finanzmarktkrise 2008. Die vorläufige Rettung des globalen Kapitals wurde paradoxerweise 2009/2010 mit der Politik des „Quantitative Easing“, also der extremen weiteren Ausdehnung der Zahlungsmittelmengen erzielt. Damit wurde die Liquidität wiederhergestellt und gleichzeitig ein großer Teil der imperialistischen Kapitale gerettet.

Da die 2010er Jahre in den alten imperialistischen Ländern aber

gleichzeitig weiterhin durch sehr geringe Wachstums- und Profitraten in der Realwirtschaft gekennzeichnet waren, stellt sich die Frage, warum sich das dort nicht als Inflation ausgewirkt hat. Hier wirkten folgende drei Faktoren: (1) Die Gewichte im Welthandel hatten sich stark zu Gunsten von China verschoben, das als Lokomotive der Weltwirtschaft mit seinen Produktionsketten den Weltmarkt weiterhin mit billigen Herstellerpreisen bedienen konnte; (2) die Antikrisenpolitik in den imperialistischen Ländern fußte weiterhin auf Stagnation der Löhne und Massenkaufkraft; (3) trotz der Politik des billigen Geldes vertraute das globale Kapital aus Angst vor schlimmeren Verlusten in sogar gesteigertem Maße ihr Geld den klassischen imperialistischen Anlagemärkten an. In Folge wurden viele der angeblich aufsteigenden Schwellenländer (z. B. Brasilien, Türkei) durch Kapitalmangel und schrumpfende Weltmarktchancen gebeutelt. In vielen dieser Länder breitete sich bereits Stagflation aus.

Die Corona-Krise traf dieses sowie schon krisenhafte Weltsystem. Mit dem Wachstumseinbruch der ersten Corona-Welle und den folgenden Einschränkungen, was Welthandel, Transport und Zulieferindustrien betraf, kam es zu schweren Rezessionen in fast allen Ländern des Globus. Wiederum wurden in den imperialistischen Ländern massive Geldmittel zur „Überbrückung“ bis zum erneuten Anlaufen der Weltwirtschaft bereitgestellt. Dies betraf sowohl große staatliche Ausgabenprogramme wie auch weitere Ausweitung der Zahlungsmittelmengen (z. B. durch Übernahme gefährdeter Finanzierungen).

Anders, als sich Regierungen und Zentralbanken es vorstellten, ging die Krise aber nicht so rasch vorbei. Insbesondere führten das Prinzip „so wenig Lockdown in den Betrieben

wie möglich“ ebenso wie der Mangel an Unterstützung der Impfkampagnen in der imperialisierten Welt dazu, dass die Pandemie unvermindert weitergeht, von Mutationswelle zu Mutationswelle.

Außerdem wächst das Gewicht der schon seit der letzten Krise immer zahlreicher werdenden „Zombiekapitale“ (Betriebe, die abseits der bestehenden Geldpolitik längst zahlungsunfähig wären). Dies drückt die gesamtwirtschaftliche Produktivität, bindet Kapital für neue Investitionen und drückt die Durchschnittsprofitrate. Die Wachstumsraten, die sich bisher für das neue Jahrzehnt andeuten, sind daher ebenso stagnativ wie im letzten Jahrzehnt.

Dazu kommt, dass diesmal auch China in einer real- und finanzwirtschaftlichen Krise steckt (Stichwort: Evergrande). Während es diesmal nicht die dynamische Rolle auf dem Weltmarkt spielen kann, kommt auch noch dazu, dass nicht erst seit Trumps US-Präsidentschaft der Welthandel wieder deutlich protektionistischer organisiert wird. In wachsender Weise werden auch Produktionsketten wieder in die imperialistischen Kernländer zurückverlegt (Schlagwort „Deglobalisierung“).

Inflation ist zurück

All dies bedeutet, dass derzeit die gewachsene Geldmenge durch sehr viel weniger deflationäre Gegengewichte gebremst wird. Die Stimuluspakete z. B. von Bundesregierung oder USA waren stärker als 2009 auf Belebung von Massenkonsum und Investitionen ausgerichtet (in der Annahme, dass dies der kurzfristigen Überbrückung dient). Doch trafen sie auf einen weiterhin stagnierenden bzw. sogar schrumpfenden Weltmarkt.

Geringere Kapazitäten in der Öllieferung führten zu steigenden Preisen

mit einem Anstieg der Gaspreise in Folge. Mit den CO₂-Zertifikaten führt dies insbesondere bei den Energiepreisen zu einem enormen Anstieg. Ähnliche Preisauftriebe gibt es für Baumaterialien und -maschinerie. Der Rückbau von Produktionsketten ebenso wie pandemiebedingte Ausfälle bringen auch einen Nachfrageüberhang nach Arbeitskräften mit sich, was zu einer Lohnsteigerungstendenz führt. Letztlich mündet die Finanzmarktentwicklung auch weiterhin in hohen Investitionsraten in Immobilien und damit auch zu weiter steigenden Mieten.

All das bedeutet heute, dass sich die Politik des billigen Geldes derzeit auch tatsächlich in steigenden Preisen auswirkt. Sollte es nicht zu einem raschen und starken Wachstum, fußend vor allem auf steigenden Investitionen, kommen, droht tatsächlich auch in den imperialistischen Zentren die Rückkehr der Stagflation (Kombination von Stagnation und Inflation, die einander wechselseitig verstärken). Da ein realer, von Investitionen getragener anhaltender Aufschwung nicht zu erwarten ist, müssen wir uns auch wieder auf die Schockmaßnahmen vorbereiten, die das Kapital für so einen Fall parat hält.

Zunächst einmal muss uns als Lohnabhängigen klar sein, dass eine längerfristige Phase der Inflation eine starke Bedrohung für unsere Lebensverhältnisse darstellt. Schon jetzt sind gerade Niedrigverdiener*innen und Hartz-IV-Empfänger*innen massiv von den Preiserhöhungen betroffen. Aber auch „Normalverdienende“ werden diese zu spüren bekommen, wenn die Inflation nicht vollumfänglich in die Lohnforderungen eingeht. Alle Behauptungen von einem „vorübergehenden Phänomen“ müssen entschieden zurückgewiesen werden.

Tatsächlich kann sich das Problem von Erhöhungen von Strom- und

Wohnkosten in nächster Zeit sogar extrem zuspitzen. Dies muss insbesondere bei Fragen der Enteignung von Wohnungsgesellschaften und Energiekonzernen mit eingebracht werden. Insgesamt kann die Arbeiter*innenklasse den Auswirkungen einer Stagflationskrise nur durch einen konsequenten Kampf für eine gleitende Skala von Löhnen und Arbeitszeiten unter Arbeiter*innenkontrolle begegnen, also eine unmittelbare Anpassung der Einkommen an Preiserhöhungen. Da die offizielle Inflation die Preissteigerungen der Lohnabhängigen oft nur unzureichend widerspiegelt, muss diese Erhöhung von Löhnen, Arbeitslosengeld, Renten usw. die Preisentwicklung jener Waren widerspiegeln, die vor allem von den Lohnabhängigen konsumiert werden, um sich zu reproduzieren.

Doch die Auswirkungen einer Inflation und möglicher „Schocktherapien“ der Herrschenden wie eine Rückkehr zu einer Hochzinspolitik treffen nicht nur die Preise. Eine mögliche drohende „Schocktherapie“ muss ihrerseits zwangsläufig zu einer massiven Welle von Betriebs-schließungen führen – was nur mit einer koordinierten Welle von Betriebsbesetzungen beantwortet werden kann.

Viel spricht dafür, dass die zu erwartende Stagflationskrise die der 1970er Jahre global um einiges übersteigen wird. Daher können die genannten Abwehrmaßnahmen der Arbeiter*innenklasse nur die Vorbereitung auf die notwendige Offensive für den Angriff auf die Wurzel des Problems sein: das Privateigentum an den Produktionsmitteln und eine Neuaufteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter Kontrolle der Lohnabhängigen. Die ökonomische und ökologische Krise, auf die wir zusteuern, erfordert lebensnotwendig den Kampf um eine sozialistische Gesellschaft. ★

WER WIR SIND

Der Arbeiter*innenstandpunkt ist eine internationalistische, kommunistische Organisation. Unser Ziel ist die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt. Diese Gesellschaft kann nicht durch stetige Reformen erreicht werden, sondern erfordert einen radikalen, revolutionären Bruch der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den heutigen kapitalistischen Zuständen. Deshalb unterstützen wir alle Kämpfe, Aktionen und Forderungen, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringen und die Keimform einer größeren, zukünftigen Arbeiter*innenbewegung sind.

Der Sozialismus, für den wir kämpfen, kann nur international geschaffen werden. Wir haben daher nichts mit den Regimen des ehemals „real existierenden Sozialismus“ gemein. In diesen Staaten herrschte nicht das arbeitende Volk, sondern eine bürokratische Kaste, die das Proletariat unterdrückte und sich selbst bereicherte. Wir treten für eine Rätedemokratie ein, d.h. die demokratische Machtausübung der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst durch direkte Wahl und Abwahl von Delegierten, auf die sich die Regierung, die Staatsgewalt und sämtliche Verwaltungsgremien stützen.

Als Arbeiter*innenstandpunkt sind wir in sozialen Bewegungen und

Klassenkämpfen aktiv und kämpfen dort für ein Programm im Sinne der gesamten Arbeiter*innenklasse. Unser Hauptanliegen ist es, die politischen und ökonomischen Teilkämpfe, z.B. am Arbeitsplatz, mit einer allgemein-politischen Perspektive zu verbinden, die über das Bestehende hinausweist und der Arbeiter*innenklasse zur Einsicht in ihr gesamtgesellschaftliches Klasseninteresse verhilft.

Der Kapitalismus fordert tagtäglich unzählige Opfer und zerstört Menschenleben – durch Hunger, Krieg und Unterdrückung. Kämpfe mit uns für den Aufbau einer neuen Partei der sozialistischen Revolution.

Spenden an „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ | IBAN AT64 2011 1844 4414 4800 | BIC GIBAAATWWXXX

WEITERE PUBLIKATIONEN:

zu bestellen unter:
info@arbeiterinnenstandpunkt.net

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion: „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8, 1070 Wien. Konto: 237-112-957/00 BLZ 12000 Bank Austria. Offenlegungspflicht nach §25-Mediengesetz Medieninhaber (Verleger) des periodischen Druckwerks „Arbeiter*innenstandpunkt“ ist zu 100% die Partei „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8, 1070 Wien. Die Partei ist von anderen Parteien und Vereinen politisch und finanziell unabhängig. Grundlegende Richtung des Druckmediums: Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Politik der Arbeiter*innenbewegung.



Broschüre zur „Aufbruch“-Kampagne: Lehren für linke Organisation

Eine Sammlung unserer Debattenbeiträge, Artikel und Flugblätter aus der Zeit als wir uns an der

„Aufbruch“-Kampagne beteiligten.

2020 - 36 Seiten A5 - 2,50 Euro



Revolutionärer Marxismus 54: Umweltkrise: Eine Krise des Kapitalismus

Der Kapitalismus sprengt die ökologischen Grenzen unseres Planets. Diese Krise kann nicht unabhängig von der zugrunde liegenden Produktionsweise getrennt werden. Mit Kritiken der Strömungen der Umweltbewegung.

2021 - 230 Seiten A5 - 10 Euro

www.arbeiterinnenstandpunkt.net